

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Mißtrauen zu säen und die europäische Integration zu hemmen, wirt Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB Wolfgang Schäuble vor.

Seite 1

Als einen Mann, der Mut hat, unbequem zu sein, bezeichnet Dr. Hans Jochen Vogel Peter von Oertzen, der heute 70 wird.

Seite 2

Die Ruhe nach der Aufregung über das "Mannheimer Urteil" will Siegfried Vergin MdB nicht hinnehmen.

Seite 5

Der Bundesregierung fehlt jede strategische Perspektive zum Umsteuern in der Energiepolitik, beklagt Volker Jung MdB.

Seite 7

49. Jahrgang / 169

2. September 1994

Schäuble sät Mißtrauen

Der Vorschlag des Unions-Fraktionsvorsitzenden, ein "Kerneuropa" zu schaffen, hemmt den Integrationsprozess

Von Heidmarie Wieczorek-Zeul MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD
Im Regierungsteam der SPD zuständig für Europa-Politik

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Schäuble und einige Außenpolitiker seiner Fraktion haben in diesen Tagen ihre neuen "Überlegungen zur europäischen Politik" der Öffentlichkeit vorgestellt. Hätten sie doch geschwiegen und es gelassen! Ihre Vorstellungen sind von einer Instinktlosigkeit ganz besonderer Art.

Zur Halbzeit der deutschen Ratspräsidentschaft, die im Übrigen im Interesse der europäischen Sache eher durch Kontinuität und Verlässlichkeit geprägt sein sollte, wird, ohne einen konkreten Ziel-Zeitpunkt dafür zu benennen, die Schaffung eines "Kerneuropas" propagiert. Nun wissen wir alle, daß dies im Grunde weder eine neue Idee ist, sondern nur die neu aufgelegte Variante von bereits bekannten Überlegungen, aber Schäuble und die CDU/CSU müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, in europäischen Zukunftsfragen grob fahrlässig zu handeln.

Bei Österreich und den drei skandinavischen Ländern, die wir hoffentlich fristgerecht am 1.1.1995 als neue Mitglieder in der Europäischen Union begrüßen können, kann dieser Vorstoß doch nur für Verstimmung sorgen. Die Beitrittsverhandlungen waren mehr als schwierig. Volksentscheide in den skandinavischen Ländern über den Beitritt stehen noch aus. Wollte Schäuble wirklich diesen Ländern signalisieren, daß sie zwar in der Gemeinschaft willkommen sind, aber von dem exklusiven inneren Zirkel der Staaten, die die Geschicke dieser Europäischen Union leiten, ausgeschlossen bleiben sollen? Das Gefühl, in Europa als gleichberechtigt und gleichgewichtiger Partner willkommen zu sein, erzeugt man damit nicht, Herr Schäuble! Auch hier wäre ein bißchen mehr Sensibilität besser als das berüchtigte "Fettnäpfchen".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Permitting-Übergang
mit veredeltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Was sollen manche unserer Nachbarländer und Partner in der EU denken? Nach dem tollpatschigen "Fehlstart" des Bundeskanzlers, einen Kommissionspräsidenten nach eigenem Gutdünken durchzudrücken, kann dies nur als weiterer Versuch gewertet werden, deutsche Interessen ohne Abstimmung in Europa durchzusetzen. Das kann letztlich der deutschen Europapolitik nur Schaden zufügen. Klar wird damit, daß die Regierungskoalition aus fehlgeschlagenen Alleingängen einfach nichts lernt!

Für unsere mittel- und osteuropäischen Partner sind die Überlegungen der CDU/CSU unverständlich. Kohl und Kinkel haben bisher bei allen diesen Staaten die Hoffnung auf einen schnellen Beitritt zur europäischen Union erweckt und kräftig genährt. Eine zügige Erweiterung der Gemeinschaft um diese Länder schien für Kohl und Kinkel absolut kein Problem zu sein. Von einer Mitgliedschaft zweiter Klasse haben sie allerdings nie gesprochen! Negativ anzumerken ist, daß sie dabei in unverantwortlicher Weise die Kosten dieser Beitritte für die Europäische Union außen vorgelassen haben.

Wir haben in der Positionsbestimmung des SPD-Präsidiums vom Mai die Voraussetzungen aufgezeigt, die zur vollen Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder in die wirtschaftliche Integration der EU vorliegen müssen und Vorschläge für eine realistische Heranführung dieser Länder an die Europäische Union unterbreitet. Kohl und Kinkel dagegen haben unerfüllbare Erwartungen gesetzt und die Bevölkerung im eigenen Lande über die finanziellen Konsequenzen getäuscht.

Besonders pikant ist die Aufzählung derjenigen Fakten, die diesen unverantwortlichen Vorstoß nach Schäubles Auffassung erforderlich machen: "Überdehnung der europäischen Institutionen, zunehmende Differenzierung der Interessen, unterschiedliche Wahrnehmung von der Vorrangigkeit der sich stellenden Aufgaben, tiefer wirtschaftsstruktureller Wandel mit kurzfristig nicht behabbarer Massenarbeitslosigkeit, Zunahme eines "regressiven" Nationalismus und Schwächen nationaler Regierungen".

Schäuble tut gerade so, als ob nicht diese schwache Bundesregierung selber die Mitverantwortung dafür trägt, daß der europäische Beschäftigungspakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit weiter blockiert wird! Wer schützt denn in Deutschland den Nationalismus? Schäuble und seine Parteifreunde!

Schäuble und die anderen versprechen sich von ihrem Vorstoß "neuen Schwung für Europa". Doch vorgelegt haben sie einen Hemmschuh. Wo Vertrauen wachsen soll, wird Mißtrauen gesät.

Dann der neue Schwung für Europa kommt nicht, wenn man - wie Schäuble - bereits altbekannte Modelle in einer neuen Variante hervorzaubert, sondern nur durch echte Reformen, wir haben Vorschläge dafür unterbreitet. Auch darüber wird am 16. Oktober entschieden.

(-/2. September 1994/hgs/fr)

Ein Mann mit dem Mut, unbequem zu sein

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Rede zu Ehren des
70. Geburtstages von Peter von Oertzen
am 3. September 1994 in Hannover

1.

Als wir im Dezember 1975 im Anschluß an den Mannheimer Parteitag in einer Stichwahl um einen Platz im Präsidium unserer Partei gegeneinander kandidierten, wäre es uns beiden wohl nicht gänzlich ausgeschlossen, aber doch eher unwahrscheinlich erschienen, daß ich heute hier in Hannover anläßlich Deines 70. Geburtstages eine Laudatio halten würde. Aber für mich und - so vermute ich jedenfalls einmal - auch für Dich, kennzeichnet das eine Weggefährtschaft, die uns ungeachtet unserer unverändert andauernden Fähigkeit und Bereitschaft zur - inzwischen allerdings, im Vergleich zu früher, viel höflicheren - Austragung von Meinungsverschiedenheiten, immer näher zueinander geführt und mich mit immer größerem Respekt vor Dir und Deinem Engagement erfüllt hat.

Und Weggefährtenschaft ist ja in unserem Fall wirklich keine von den Routinefloskeln, die bei solchen Gelegenheiten gerne benutzt werden. Das Wort umschließt vielmehr für uns beide fast drei Jahrzehnte ständigen Gedanken- und Meinungsaustausches, regelmäßiger Zusammenarbeit und eines kontinuierlichen Miteinanders. 18 Jahre - von 1973 bis 1991; Du kamst drei Jahre später als ich, dafür ging ich zwei Jahre vor Dir - gemeinsame Zugehörigkeit zum Parteivorstand. Zwei Jahre - 1973 bis 1975 - Mitarbeit in der von Dir geleiteten Orientierungsrahmen-Kommission, wiederum zwei Jahre - 1988 und 1989 - gemeinsame Arbeit am Entwurf des Berliner Grundsatzprogramms (das übrigens viele, auch nach seiner Verabschiedung, noch immer für ein Geheimpapier halten) - da kommt schon eine Menge an Wissen über und Verständnis für den anderen zusammen.

Da wächst auch Vertrauen. Und Vertrauen war es, das mich 1971 auf dem Höhepunkt des Münchner Konflikts zu Dir nach Hannover in Dein Ministerium führte und mich Dich um Deine Einschätzung bitten ließ. Was Du mir damals sagtest, könnte ich noch heute ziemlich genau rekapitulieren. Natürlich war es eine recht kritische Kommentierung meiner Position. Aber es war auch ein sehr ernster Appell, nicht aufzugeben und nach dem Konflikt die Integration anzugehen. Beiden Ratschlägen bin ich gefolgt; dem einen sofort, dem anderen zugegebenermaßen erst etwas später. Wechselseitiges Vertrauen war es auch, das Johannes Rau, Hans Koschnik, Dich und mich 1982 bei Dir am Steinhuder Meer zusammenführte, um gemeinsam zu überlegen, was nach dem sich damals schon deutlich abzeichnenden Ende der sozial-liberalen Koalition geschehen sollte.

Ich fühle mich also einigermaßen legitimiert, Dich und Dein Wirken im Dienste des Gemeinwesens und im Dienste der deutschen Sozialdemokratie zu würdigen. Wiederholungen dessen, was andere bereits gesagt oder geschrieben haben, werden sich dabei nicht ganz vermeiden lassen. Aber Richtiges und vor allem Lobendes kann man in einer Zeit, in der das Wort Dank in der Politik fast zu einem nur noch selten benützten Überraschungswort geworden ist, ruhig zweimal sagen und auch zweimal anhören.

2.

So rufe ich auch meinerseits zunächst noch einmal die wichtigsten Stationen Deines bisherigen Lebens in Erinnerung. Gestern vor siebzig Jahren, in Frankfurt am Main geboren und in Berlin in einem eher konservativen Elternhaus aufgewachsen. Nach dem Abitur am Berliner Mommsen-Gymnasium von 1942 bis 1945 Soldat. Ab 1946 Studium der Philosophie, Geschichte und Soziologie in Göttingen. Im gleichen Jahr Eintritt in die SPD und Übernahme des Vorsitzes der soeben gegründeten Göttinger Hochschulgruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. 1953 Promotion, 1962 Habilitation, 1963 ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Hochschule (später Universität) Hannover. Von 1955 bis 1959 und wiederum von 1967 bis 1982 Niedersächsischer Landtagsabgeordneter. 1970 bis 1974 Kultusminister im Kabinett von Alfred Kubel und einer von denen, die mit der Hochschul- und Bildungsreform ernst machten. 1970 bis 1983 Vorsitzender des Bezirks Hannover und in dieser Eigenschaft Nachfolger Egon Frankes und Vorgänger Gerhard Schröders - für Kenner der Parteigeschichte eine wahrlich nicht alltägliche Konstellation. Und schließlich zwanzig Jahre lang, von 1973 bis 1993 Mitglied des Parteivorstandes. In dieser Zeit verantwortlich für das Wissenschaftsforum der Partei und die Parteischule, deren Wiederbegründung Du mit Nachdruck betrieben hast.

Das ist eine eindrucksvolle Bilanz und eine Summe an Engagement und Verantwortungsbereitschaft, die weit über das hinausgeht, was man von einem Wissenschaftler und akademischen Lehrer selbst als Mitglied unserer Partei erwarten darf. Das ist ein Leben, in dem Du Dich in Zeiten des Erfolges, aber auch in den Zeiten, in denen Du auf die Probe gestellt wurdest, in dreifacher Hinsicht bewährt hast: Als Sozialdemokrat, als Wissenschaftler und als Mensch.

3.

Nicht, daß sich diese Eigenschaften säuberlich voneinander trennen und nebeneinanderstellen ließen, im Gegenteil: Sie haben sich bei Dir stets zu einer Einheit verbunden. Aber so, wie man ein Kunstwerk von verschiedenen Seiten betrachten muß, um einen Gesamteindruck zu gewinnen, so ergibt sich auch bei Dir der Blick auf das Ganze Deines Lebens erst dann vollständig und umfassend, wenn man zuvor die von mir soeben genannten speziellen Aspekte betrachtet hat.

Da ist zunächst der Sozialdemokrat. Oder - wie Du wahrscheinlich zumindest ebensogern hörst - der demokratische Sozialist Peter von Oertzen. Der nie einen Hohl daraus gemacht hat, daß er die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität aufgrund einer von Marx abgeleiteten Gesellschaftsanalyse bejaht und der sich deshalb stets als ein Linker verstand. Als einer, der den demokratischen Sozialismus als eine reale und bessere Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung an-

sieht und immer wieder gefordert hat, daß die deutsche Sozialdemokratie dieses Ziel nicht aus den Augen verliert. Dabei hast Du stets betont, daß Ziel und Weg eine untrennbare Einheit bilden und sich das Ziel einer wirksamen demokratischen Kontrolle staatlicher und wirtschaftlicher Macht prinzipiell nicht mit undemokratischen Mitteln erreichen läßt. Kommunismus und demokratischer Sozialismus standen für Dich deshalb immer in einem fundamentalen Widerspruch.

Auf dieser Grundlage hast Du innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Deine Positionen mit Festigkeit vertreten, dafür gesorgt, daß ihr die Beine nicht eingeschlafen sind. Dies auch dadurch, daß Du die Kräfte des linken demokratischen Spektrums zur Mitarbeit und zur Übernahme von Verantwortung innerhalb der Partei angehalten und diejenigen, die im Übereifer oder auch aus anderen Gründen ausbrechen und sich sektiererischen Versuchungen hingeben wollten, nachdrücklich zur Ordnung gerufen. So hast Du in Deinen Thesen aus dem Jahre 1973 die Linke ausdrücklich aufgefordert, den Verbalradikalismus dem ideologischen Dogmatismus, der sentimentalen Solidarisierung mit antidemokratischen Kräften und rein emotionalen Anfeindungen des bestehenden Staatsapparates eine klare und eindeutige Absage zu erteilen. Und wörtlich hast Du hinzugefügt:

"Insbesondere die weit verbreitete Ansicht, daß Demokratie zu politischer, intellektueller und moralischer Disziplin im Widerspruch stünde, ist ein schwerer Irrtum, der überwunden werden muß. Eine freiheitliche, antiautoritäre Bewegung braucht nicht weniger, sondern mehr disziplinierte Mitglieder als eine bürokratisch-autoritär geleitete Bewegung."

Niemanden wird verwundern, daß ich dem besonders gerne zustimme. An Klarheit der Gedankenführung und der Sprache hast Du es auch sonst nicht fehlen lassen. So insbesondere bei Deiner Kritik an den Kräften des rechten Spektrums in der Partei, die sich, Deiner Meinung nach, allzusehr mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden schienen.

Besonders sichtbar geworden ist Deine Grundeinstellung bei der Verabschiedung des Godesberger Programms, bei der Erarbeitung des Orientierungsrahmens 1985 und bei Deiner Kritik am Berliner Programm. Ob Du dem Godesberger Programm noch mit dem gleichen Nachdruck widersprechen würdest wie auf dem damaligen Parteitag, auf dem Du mit fünfzehn anderen Delegierten gegen seine Annahme gestimmt hast, ist mir nicht ganz sicher. Spätere Äußerungen - so bei einem Referat, das Du 1979 anläßlich des 20. Jahrestages seiner Verabschiedung auf meine Einladung hin in München hieltest - klangen da deutlich differenzierter. Deine Kritik am Berliner Programm habe ich - wie Du weißt - nicht geteilt. Mir erscheint es vielmehr gerade auch im Blick auf Passagen, die auf Deine Initiative hin dort Eingang gefunden haben, als eine wertvolle und durchaus aktuelle Orientierung, von der die Partei leider kaum Gebrauch macht. Unbestritten aber ist die integrierende Wirkung, die Dank Deiner behutsamen und klugen Leitung die Arbeit am Orientierungsrahmen 1985 zunächst unter den daran Mitwirkenden und später auch innerhalb der Gesamtpartei entfaltet hat. Davon abgesehen, enthält aber auch der Text eine Fülle von Gedanken, die auch heute noch Aufmerksamkeit verdienen.

Zu erwähnen bleibt, daß Du Dich auch um organisatorische Probleme und um Satzungsfragen stets besonders gekümmert hast. Dabei hast Du mitunter auch auf Statutenregelungen spezialisierte Juristen ins Schwitzen gebracht. Und nicht wenigen hast Du die Augen dafür geöffnet, daß es sich dabei nicht um Paragraphenbastelei oder um Organisationshuberei, sondern um Fragen handelt, von deren richtiger Beantwortung die politische Durchsetzungskraft der deutschen Sozialdemokratie nicht zuletzt abhängt.

Aber über Deine wissenschaftliche und parlamentarische Tätigkeit zu sprechen, sind andere noch berufener als ich. Daß Du als Kultusminister mit der Hochschul- und Bildungsreform in Niedersachsen ernst gemacht hast, erwähnte ich schon. Von Deinen wissenschaftlichen Arbeiten kenne ich Deine Veröffentlichungen über "Die soziale Funktion des staatsrechtlichen Positivismus" und "Betriebsräte in der Novemberrevolution". Beides Arbeiten, die bis heute zitiert werden und davon Zeugnis ablegen, wie sich politische Überzeugung und wissenschaftliche Objektivität durchaus fruchtbar miteinander verbinden lassen.

Bleibt der Mensch Peter von Oertzen. Manche Deiner Eigenschaften sind schon bei dem deutlich geworden, was ich bisher gesagt habe, zum Beispiel Dein umfassendes theoretisches Wissen, Deine intellektuelle Unbestechlichkeit und Unabhängigkeit, Deine Abneigung gegen jede Art von Opportunismus und Dein unermüdliches Bestreben, die Theorie mit der Realität im Einklang zu halten, aus ihr aber auch die Legitimation zur Veränderung der Realität herzuleiten. Bewundert habe ich an Dir aber auch Deine

Fähigkeit zur Ironie, ja zum Sarkasmus, Deinen Mut, unbequem zu sein, und den Zorn, mit dem Du mitunter Unverstand oder durchsichtige Taktiererei gegeißelt hast. Das war dann oft wie ein reinigendes Gewitter.

Wenn ich Dich mit einem einzigen Begriff zu charakterisieren hätte, dann wäre es der des Aufklärers. Also eines Mannes, der an die Macht der kritischen Vernunft glaubt, sich aber auch ihrer Grenzen bewußt ist. Der nichts von anderen verlangt, was er nicht selbst zu tun bereit ist. Und der im tiefsten Grunde von einem Motiv ein Leben lang geleitet worden ist: Nämlich von dem Mitgefühl, dem Mitleiden mit den Schwächeren und dem festen Willen, ihnen nicht nur durch individuelle Hilfe, sondern durch Änderung der gesellschaftlichen Strukturen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

In diesem Sinne danke ich Dir für eine Lebensleistung, die Dir schon heute einen festen Platz in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sichert. Für die Jahre, die noch vor Dir liegen, wünsche ich Dir Wohlergehen und die Zufriedenheit, die sich für den leichter einstellt, der wie Du aus eigenem Entschluß den Endpunkt hinter seine offiziellen Funktionen gesetzt hat. Gerade deshalb wird Deine Stimme auch in Zukunft Gehör finden.

(-/2. September 1994/hgs/fr)

**Die Uhr tickt.. Wo bleibt das Handeln?
Ruhe nach der Aufregung um das "Mannheimer Urteil"?**

**Von Siegfried Vergin MdB
Sprecher der Projektarbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-
Bundestagsfraktion**

Politik und öffentliche Meinungsbildung kehren zur Tagesordnung zurück. Die Richtergermien haben ihre Aufgabe erfüllt: wegen "dauernder krankheitsbedingter Verhinderung" sind zwei der drei beteiligten Berufsrichter beurlaubt. Das Erschrecken bleibt, wenn der Richter Rainer Orlet nichts bereut und gerne zugibt, daß er für Deckert "ein gewisses Verständnis" hat und auch in der Verhandlung hatte. In der Urteilsbegründung würde Orlet gerade einen Schreibfehler verbessern wollen. Deckert vergleicht er mit Hitler in einer Form, daß er Deckert als das kleinere Übel deklariert. Dabei werden Deckert weiterhin nur uneigennützige Motive unterstellt, die die Strafmilderung erzwingen.

Es geht nicht darum, vorschnell Parallelen zwischen dem Nazi-Unrechtssystem und heutiger Justiz herzustellen. Jenseits der Diskussion, ob Ausrutscher oder zweite Schuld der deutschen Justiz, ist für die deutsche Richterschaft das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das über den Tag der Vereidigung hinausreichen sollte, eine Selbstverständlichkeit. Was den Bochumer Oberstaatsanwalt aber nicht hindert, allen Erkenntnissen des nordrhein-westfälischen Innenministeriums über die "Republikaner" zum Trotz als REP-Direktkandidat in den Bundestag ziehen zu wollen. Abgesehen davon weist die Untersuchung des Bundesjugendministeriums vom Sommer 1993 zur fremdenfeindlich motivierten Gewalt (aufgrund von Gerichtsakten) eindrücklich darauf hin, daß die bundesdeutsche Justiz das Problem verkennt, und es immer wieder passiert, daß man den fremdenfeindlichen oder rechtsextremistischen Hintergrund einer Tat gar nicht berücksichtigt.

Der BGH wird, so hoffen viele Politiker, nach dem Aufschrei der öffentlichen Meinungsbildner und auch des Kanzlers(!) endgültig dafür sorgen, daß das, was aufgeschrieben wurde als Begründung, getilgt werden kann. Ja, und der Gerichtspräsident Weber hat für die "objektiv mißverständlichen Formulierungen im Bereich der Strafzumessungserwägungen" bei der Jüdischen Gemeinde Mannheim, "stellvertretend für alle jüdischen Mitbürger, um Entschuldigung und Nachsicht" gebeten. So richtig die

Entschuldigung den Opfern gegenüber ist, so wenig ist damit getan. Und daß das ausgrenzende Mit-bürger verwendet wird, spricht für sich.

Die, die vor dem Mannheimer Landgericht Mahnwache hielten, wollten auch nicht nur auf das Ungeheuerliche, das Schändliche des Landgerichtsurteils aufmerksam machen, sondern sie wollten aufrütteln um unserer selbst willen und der Politik ins Buch schreiben, endlich dem Umfeld ideologischer Verbohrtheit den Kampf anzusagen, d.h. die längst beschriebenen Ursachen zu akzeptieren und sie zu bekämpfen.

Wir können nicht mehr so tun, als ob das Anwachsen des Rechtsextremismus in Deutschland seit Ende der 80er Jahre nur dem entspreche, was in anderen Ländern auch den extremistischen Bodensatz einer Demokratie bildet. Die Dosis dieses Beruhigungsmittels muß immer weiter erhöht werden, ohne daß man das Problem angeht, denn Jugendliche haben doch längst gelernt, daß nicht jene in unserer Ellbogen-Gesellschaft weiterkommen, die nach moralischen Grundsätzen leben und Verantwortungsbereitschaft zeigen, sondern jene, die über Leichen gehen. Nicht nur die Zukunftsangst unter Jugendlichen steigt angesichts einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft, in der Solidarität und Gerechtigkeit nur als Begriffe für Sonntagsreden taugen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muß endlich vorrangig behandelt werden. Beauftragte auf Landes- und Bundesebene müssen die notwendigen Maßnahmen ressortübergreifend koordinieren. Sonderkommissionen wie in Sachsen und NRW arbeiten erfolgreich. Dabei brauchen wir kein neues Recht. Das bestehende Strafrecht ist endlich anzuwenden. Die beste Kriminalitätspolitik ist ohnehin eine gute Sozialpolitik.

Die Begegnungen und Austauschmöglichkeiten deutscher und internationaler Rechtsextremisten müssen wir verhindern. Die Extremisten arbeiten längst länderübergreifend zusammen, aber ein gemeinsames Konzept der Europäischen Union ist auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft immer noch nicht in Sicht.

Den Nationalsozialismus zu verhamlosen und die besondere geschichtliche Verantwortung der Deutschen zu leugnen, das ist das Bemühen der intellektuellen Rechten. Der xte Versuch der Biedermänner, die mit den Brandstiftern nichts zu tun haben wollen, den Holocaust zu enttabuisieren, gehört ebenso dazu wie die Wiederentdeckung der Nationalrevolutionäre der Weimarer Republik. Friedberg Pflüger weist ausdrücklich daraufhin, Juristen, Dichter und Denker haben der nationalsozialistischen Bewegung den geistigen Boden bereitet. Die Neue Rechte postuliert Ungleichheit, die Ungleichwertigkeit zu erzeugen hat. Rassisten seien diejenigen, die eine multikulturelle Gesellschaft befürworten.

Wie viele Stoppschilder, wie viele Warnsignale brauchen wir noch? Das neuerliche Warten auf das BGH-Urteil verdient nur noch den Namen Vogel-Strauß-Politik. Die naive Hoffnung, daß sich schon alles wieder irgendwie zum Guten wandelt aufgrund von mehr als 40 Jahren demokratischer Entwicklung in Westdeutschland, nützt nur den Feinden dieser Demokratie. Die Uhr tickt für die Anderen - wir müssen handeln.

(-/2. September 1994/hgs/fr)

Gegen eine Energiepolitik des "Weiter so" Der Bundesregierung fehlt jede Perspektive zum Umsteuern

Von Volker Jung MdB
Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

SPD - gegen die Fortsetzung der Kernenergie

Die energiepolitischen Absichtserklärungen von CDU/CSU und FDP sowie die Festlegungen im Bundeshaushaltsplan 1995 verringern die Chancen für einen neuen Energiekonsens. CDU/CSU und FDP legen sich auf die unbegrenzte Nutzung der Kernenergie fest, obwohl in den Energiekonsensgesprächen bereits über die zeitliche Befristung der Nutzung laufender Kernkraftwerke Einigung erzielt worden war. Bei der ungelösten Entsorgung weigern sich die Regierungsparteien nach wie vor alternative Standorte in anderen Gesteinsformationen als Salz zu erkunden, obwohl die Zweifel an der Einigung des Endlagers Gorleben weiter gewachsen sind. Auch hier sind die Annäherungen in den Energiekonsensgesprächen von den Regierungsparteien wieder verschüttet worden. Die Weisungspraxis von Bundesumweltminister Töpfer gegenüber den SPD-geführten Landesregierungen Niedersachsens und Hessens zeigt darauf hin, daß der Umweltminister am Wiederaufarbeitungspfad für nuklearen Abfall festhalten will, obwohl Teile der Energiewirtschaft lieber heute als morgen aus diesem viel zu riskanten und zu teuren Projekt aussteigen wollen - ganz im Gegensatz zu jüngsten Erklärungen der VDEW-Geschäftsführung. Die SPD lehnt die Wiederaufarbeitung von Plutonium und die MOX-Brennelementefertigung ab. Sie sind nicht nur zu teuer und zu gefährlich, ihre Beibehaltung fördert auch das Proliferationsrisiko.

CDU/CSU gegen ökologische Steuerreform - Töpfer bietet nur Lippenbekenntnisse

CDU/CSU haben sich auch von einer ökologischen Steuerreform verabschiedet. Die Verteuerung der Energie verbunden mit der Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer ist nicht im Regierungsprogramm von CDU/CSU zu finden. Die dort genannte Internationale Harmonisierung der Besteuerung von Energie ist so vage, daß sie nicht einmal mehr die früheren Beschlüsse zur Einführung einer europäischen CO₂-Energiesteuer abdecken. Obwohl Bundesumweltminister Töpfer kürzlich wieder an diesem Projekt festgehalten hat, hat die Bundesregierung im europäischen Rat bisher kein Papier vorgelegt, das dieses in der EU blockierte Energiesteuerprojekt voranbringen könnte. Es bleibt bei den seit Jahren bekannten Lippenbekenntnissen von Minister Töpfer. Wenn es dann konkret wird, knickt die Regierungskoalition vor der Industrielobby ein, zu Lasten der Umwelt und der Energieeinsparung.

Die ökologische Umgestaltung der energierechtlichen Rahmenbedingungen - Energiewirtschaftsgesetz, Atomgesetz - sucht man bei der Koalition vergebens. Die auf europäischer Ebene geplante Deregulierung der Energiewirtschaft würde die Umwelt noch weiter belasten und das Energiesparen unwirtschaftlich machen. Jede Senkung der CO₂-Emissionen müßte man vergessen, weil mit der Deregulierung der Energieverbrauch wieder steigt. Die von der EU selbst gesetzten bescheidenen Klimaschutzziele werden zu Makulatur. Zudem bedeuten die Deregulierungspläne der Koalition das Ende einer eigenständigen kommunalen Energieversorgung, die großen Erfolg bei der umweltgerechten Umstrukturierung der Energiepolitik erzielt hat. Es ist ökologisch unverantwortlich, diese Erfolge auf dem Altar liberalistischer Ideologien zu opfern, die verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung zu gefährden und den großen Energiekonzernen weitere Machtzuwächse zu verschaffen. Wir lehnen deshalb die Pläne der Koalition in diesem Bereich entschieden ab und halten an unserem Entwurf eines neuen Energiegesetzes fest.

Koalition hält kohlepolitische Versprechen nicht ein

Auch in der Kohlepolitik hält die Koalition ihre selbst schon sehr dürtigen Versprechungen nicht ein. Das Artikelgesetz zur Sicherung der Steinkohle hat nicht den erhofften sicheren Rechtsrahmen gebracht, da die Finanzierung in der Schwebe bleibt. Die zugesagten sieben Milliarden DM zur Kohleverstromung sind bis heute nicht konkret finanziert. Finanzminister Waigel hat hierfür bis heute keine Vorsorge getroffen. Es nimmt daher nicht Wunder, daß noch kein einziger neuer Kohlelieferungsvertrag zwischen Bergbau-Unternehmen und der deutschen Stromwirtschaft geschlossen worden ist. Die Propaganda von CDU/CSU und FDP, mit dem Artikelgesetz sei eine sichere Basis für den heimischen Bergbau gelegt, erweist sich als bloßes Gerede, das nur das Ziel hatte, das Mengengerüst, das in der Kohlerunde vereinbart war, zum Einsturz zu bringen und die Talfahrt des heimischen Bergbaus mit tausendfachem Verlust an Arbeitsplätzen zu befördern. Wir verlangen für die Bergbauregionen und ihre Unternehmen

langfristige Planungssicherheit und ein klares Finanzierungskonzept für die Kohleverstromung noch vor der Bundestagswahl am 16. Oktober. Die Kumpels müssen endlich wissen, woran sie in der Kohlepolitik mit CDU und FDP sind.

Zu dieser Politik paßt, daß die Bundesregierung jetzt zusätzlich bei der Kokskohlenbeihilfe ihren Finanzierungsanteil von zwei Drittel auf 50 Prozent senken will und die Finanzlasten von knapp 600 Millionen DM auf Nordrhein-Westfalen und das Saarland übertragen will. Dies ist ein erneuter Bruch eingegangener Vereinbarungen, den die SPD nicht akzeptiert, weil die Leistungskraft der Bergbauländer überfordert ist. Minister Rexrodt will sich wieder einmal aus seiner kohlepolitischen Verantwortung stellen. Die Kumpels können sich dagegen auf die SPD verlassen; wir halten die Kohlerunde ein und werden jährlich eine Förderung von 50 Millionen Tonnen Steinkohle finanziell absichern.

Koalition fährt Förderung für Energiesparen und erneuerbare Energien zurück

Viel ist bei CDU/CSU und FDP von Energieeinsparungen und der Förderung erneuerbarer Energien die Rede. Wenn man in den Haushaltsplan für das Jahr 1995 schaut, zeigt sich auch hier, daß die Propaganda die Stagnation beziehungsweise den Rückschritt verdecken.

Durchweg sind die Mittel für Energieberatung, Energiesparprogramme und erneuerbare Energien nicht erhöht beziehungsweise sogar gekürzt worden. Dies trifft insbesondere die Beratungen für Haushalte und das Handwerk. Dies trifft aber auch die langfristige Förderung erneuerbarer Energien. Zur Vermeidung der Klimagefahren müssen wir den Anteil erneuerbarer Energien von heute knapp zwei Prozent auf mindestens zehn Prozent in den nächsten zehn Jahren steigern. Für diese langfristige Strategie sind öffentliche Fördermittel der heute nur teilweise wirtschaftlichen erneuerbaren Energieträger notwendig. Dies gilt insbesondere für die Photovoltaik. Hier tut die Bundesregierung nichts für eine langfristige Perspektive. Sie hat alle unsere Vorschläge für eine Aufstockung öffentlicher Fördermittel für erneuerbare Energien bis zu einer Milliarde DM im Jahr, über einen auch von der Energiewirtschaft zu finanzierenden Energiefonds, abgelehnt. Sie hat die von uns verlangten Sonderabschreibungen für zukunftsweisende erneuerbare Energietechniken verworfen. Damit sind rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für erneuerbare Energieträger nicht verbessert worden, so daß diese langsam aufwachsenden Industriezweige heute ihr Entwicklungspotential nicht ausschöpfen können. Dies ist umso bedauerlicher, als diese umweltverträglich sind und zur Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen könnten. Hier hält die Bundesregierung am Ziel einer 25prozentigen Senkung bis zum Jahr 2005 fest, obwohl sie dafür nichts tut.

Es fehlt bei der Koalition das von der SPD seit Jahren verlangte langfristige umfassende Förderprogramm für Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energien. Nur ein solches Investitionsprogramm in Milliardenhöhe kann den gegenwärtigen Stillstand überwinden und einen dringend notwendigen Aufbruch ins Energiespar- und Solarzeitalter fördern.

Gegen eine Energiepolitik des "weiter so" der Koalition

Bei CDU und FDP fehlt jede strategische Perspektive zum Umsteuern in der Energiepolitik. Mit dieser Politik des "weiter so" ist ein neuer Energiekonsens mit der SPD nicht zu machen.

Die SPD hat klare energiepolitische Perspektiven in ihrem Regierungsprogramm konkret festgelegt: Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie, wir sichern die Kohlepolitik finanziell ab, leiten die energiepolitische Wende auch über eine ökologische Steuerreform und ein Förderprogramm für Energiesparen und erneuerbare Energien ein. Wir wollen die Energiepolitik auch in der EU ökologisch neu ausrichten. Unser Regierungsprogramm enthält eine klare Alternative zum energiepolitischen Versagen von CDU/CSU und FDP.

(-/2. September 1994/hgs/fr)
